

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Martin Brandl (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

### Beendigung von Vertretungsverträgen im Schuldienst im Landkreis Germersheim

Die **Kleine Anfrage 2514** vom 5. August 2014 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Vertretungsverträge bestanden im Monat Juli 2014 im Kreis Germersheim (Angaben bitte nach Schulen, Personen sowie Vollzeitäquivalenten gliedern)?
2. Welchen Stundenumfang haben die Vertretungsverträge im Juli 2014 (Angaben bitte gliedern nach Stundenumfang bis zu einer viertel, halben, dreiviertel oder einer ganzen Stelle)?
3. Wie viele Vertretungsverträge enden im Kreis Germersheim zum Beginn der Sommerferien 2014 (Angaben bitte nach Schularten, Personen sowie Vollzeitäquivalente gliedern)?
4. Wie viele Vertretungsverträge im Kreis Germersheim haben eine Laufzeit über die Sommerferien hinaus (Angaben bitte nach Schularten sowie Vollzeitäquivalenten gliedern)?
5. Wie viele Referendare im Kreis Germersheim sind über die Ferien arbeitslos, weil ihr Referendariat endet und der Vertretungsvertrag erst zum neuen Schuljahr beginnt?

Das **Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 26. August 2014 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung:

Der Unterricht an den rheinland-pfälzischen Schulen wird weit überwiegend von verbeamteten oder unbefristet beschäftigten Lehrkräften erteilt. Sofern diese Lehrkräfte vorübergehend nicht zur Verfügung stehen, z. B. wegen Mutterschutz, Elternzeit oder Erkrankung, werden zur Sicherung der Unterrichtsversorgung für die benötigte Zeit Beschäftigungsverhältnisse mit Vertretungskräften abgeschlossen. Diese Verträge sind notwendigerweise befristet, weil der zugrundeliegende Bedarf nur ein vorübergehender ist. Vor ihrem Abschluss wird geprüft, ob der Vertretungsbedarf auch anderweitig abgedeckt werden kann, z. B. durch Übernahme von Unterricht durch andere Lehrkräfte des Kollegiums. Demzufolge wird auch für jedes neue Schuljahr im Rahmen der Personalplanung geprüft, welcher Vertretungsbedarf weiter bzw. neu besteht.

Ist die Dauer eines Vertretungsbedarfs nicht absehbar, weil sich z. B. die Dauer einer Erkrankung nicht abschätzen lässt, können in befristeten Vertretungsverträgen sogenannte „Doppelbefristungen“ vereinbart werden. Diese bewirken, dass das jeweilige Beschäftigungsverhältnis entweder mit Rückkehr der vertretenen Person oder mit Erreichen einer kalendarisch bestimmten Höchstfrist endet, die je nach Bedarfslage bis sechs Wochen nach den Sommerferien betragen kann. Ist beispielsweise kurz vor Schuljahrsende absehbar, dass der Vertretungsbedarf im nächsten Schuljahr weiter besteht, kann die Lehrkraft über die Sommerferien (und ggf. über die genannte Sechswochenfrist) hinaus beschäftigt werden.

Es ist erklärtes Ziel der Landesregierung, die Kontinuität der Versorgung mit Lehrkräften und deren Beschäftigungsbedingungen, insbesondere bei längerfristigem Vertretungsbedarf, zu verbessern. Deshalb wurde zum Schuljahr 2011/2012 ein Vertretungspool von dauerhaften Beamtenplanstellen eingerichtet, der nach den Sommerferien 500 Stellen umfassen wird und bis 2016 auf 1 000 Planstellen ausgebaut wird. Das Konzept des Vertretungspools sieht vor, dass diese Lehrkräfte drei Jahre für längerfristige Vertretungs-

einsätze von sechs Monaten oder mehr den Schulen in einer Region zur Verfügung stehen. Nach drei Jahren werden die Lehrkräfte dann fest an einer Schule eingesetzt. Der Ausbau des Vertretungspools wird – geplant und gewünscht – eine Reduzierung der Zahl der befristeten Beschäftigungsverhältnisse zur Folge haben.

Der gesamte landesweit auftretende Vertretungsbedarf, insbesondere der kurzfristige, ist über einen solchen Pool allerdings nicht zu decken. Zeitlich befristete Vertretungsverträge werden daher auch künftig – wenn auch in geringerem Umfang – benötigt.

Zu beachten ist außerdem, dass zum Schuljahresbeginn mehr als 1 100 Planstellen vergeben werden, davon sicherlich zahlreiche an bisherige Vertretungslehrkräfte.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich namens der Landesregierung die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) befindet sich zurzeit in der Personalplanung für das kommende Schuljahr. In dieser Phase ist aufgrund der laufenden Erfassung der Personaldaten in das Personalverwaltungssystem IPEMA® immer wieder mit der Änderung des Datenbestandes zu rechnen. Hierzu zählen auch Vertretungsverträge, deren Laufzeit entgegen der ursprünglichen Planung zwischenzeitlich über die Schulferien hinaus verlängert worden ist, die jedoch im elektronischen Personalverwaltungssystem noch nicht erfasst worden sind. Hierdurch verändern sich die Angaben häufig und auch über den gewählten Stichtag hinaus. Die folgenden Angaben entsprechen dem Datenbestand vom 1. August 2014.

Die entsprechenden Angaben ergeben sich aus nachfolgender Tabelle:

Schulart	Vertretungsverträge im Monat Juli 2014 (Stichtag: 1. Juli 2014)						
	Personen	Vollzeit- äquivalente	Stundenumfang in Lehrerwochenstunden, aufgegliedert nach Anteil einer Vollbeschäftigung				
			bis zu 0,25	über 0,25 bis 0,5	über 0,5 bis 0,75	über 0,75 bis unter 1	voll
Landkreis Germersheim							
GS	48	39,4	0	10	92	858	25
RS+	24	19,7	0	0	117	279	135
GY	17	10,5	7	73	16	40	120
IGS	11	10,2	0	0	20	93	153
BBS	3	0,6	14	0	0	0	0
FÖS	5	4,8	0	0	0	21	108

Zu den Fragen 3 und 4:

Der Datenbestand ist vom 1. August 2014. Zur näheren Erläuterung wird auf den Vorspann zu der Beantwortung der Fragen 1 und 2 verwiesen.

Die entsprechenden Angaben ergeben sich aus nachfolgender Tabelle:

Schulart	Vertretungsverträge im Monat Juli 2014 (Stichtag: 1. Juli 2014)		
	befristet bis zum Beginn der Sommerferien (letzter Schultag: 25. Juli 2014)		befristet bis nach den Sommerferien in Vollzeitäquivalenten
	Personen	Vollzeitäquivalente	
Landkreis Germersheim			
GS	1	0,4	39,0
RS+	21	17,2	2,5
GY	17	10,5	0,0
IGS	9	8,3	1,9
BBS	1	0,3	0,3
FÖS	5	4,8	0,0

Zu Frage 5:

Beim Vorbereitungsdienst handelt es sich um ein gesetzlich geregeltes Ausbildungsverhältnis im Beamtenverhältnis auf Widerruf. Dieses endet kraft Gesetzes mit dem Ablauf der vorgesehenen Ausbildungszeit, ohne dass es einer Kündigung bedürfte. Ob und ggf. wann den Absolventinnen und Absolventen ein Einstellungsangebot oder ein Angebot für einen Vertretungsvertrag gemacht werden kann, sofern sie sich hierum beworben haben, hängt allein vom schulischen Bedarf in einer Region ab. Dies kann zum Beginn des folgenden Schuljahres, kann aber auch zu jedem anderen Zeitpunkt der Fall sein – sofern für die Fächer der Absolventinnen und Absolventen konkreter Bedarf besteht. Die individuellen Bewerbungsaktivitäten – auch der Absolventinnen und Absolventen aus dem Landkreis Germersheim – werden jedoch nicht erfasst; insbesondere ist nicht davon auszugehen, dass sämtliche Absolventinnen und Absolventen einen Vertretungsvertrag am Ende der Ferien anstreben. Eine wie auch immer geartete „Alimentation“ der Absolventinnen und Absolventen nach Abschluss ihrer Ausbildung und bis zum Beginn einer darauf folgenden Berufstätigkeit ist – wie in anderen Berufen auch – gesetzlich nicht vorgesehen; sie wäre auch unter dem Gesichtspunkt der sparsamen Haushaltsführung nicht zu rechtfertigen.

In Vertretung:  
Vera Reiß  
Staatssekretärin

